



## Wir stellen fest:

**Daß mit MATER ET MAGISTRA nicht alles beim alten bleibt:** 1. Breit strömt die französische Sozialtradition ein – «Sozialisation» – Arbeit vor Kapital – Soziologische Analysen vor abstraktem Lehrsystem – Verzicht mit naturrechtlichen Forderungen – Art der sozialen Bildung – Freie Bahn zur echten Diskussion über die Sache – 2. Neue Akzente: wohlwollende Einstellung zu den positiven Seiten der Vergesellschaftung – die Solidarität kommt stärker zum Zuge – die Diskussion über das Gemeinwohl kann neu aufgenommen werden – die Aufgaben des Staates treten wieder hervor – Richtpunkte für die Forderungen der Stunde: der Vorrang der Arbeit – die Sozialversicherung – Die wahre Stellung des Privateigentums – Das Mitspracherecht der Arbeitnehmerschaft – Wert und Grenzen der berufsständischen Idee.

## Politik

**Kuba: der Totengräber Amerikas?:** Hätten die USA Kuba mit Gewalt erobern sollen? – Die Vereinigten Staaten müssen büßen für ihre Unterlassungssünde! – Hat Kennedy die Lage erkannt? – Ist Südamerika zum gemeinsamen Handeln bereit? – Ergebnisse: Kuba nicht nur ein Beispiel, sondern ein bedrohlicher Anfang – Lateinamerika (auch seine kath. Kirche) unmittelbar nicht vorbereitet – Die Vereinigten Staaten müssen und wollen auf lange Sicht arbeiten – Die Hauptverantwortung liegt heute bei Lateinamerika!

## Soziales

**Vom «rechten sozialen Leben»:** Das Problem: doktrinaler Rigorismus oder Verständigung? – 1. Vom sozialen Frieden und seinen Vorbedingungen: die Bedeutung des kollektiven Bewußtseins – die Verflechtung von Freiheit

und Ordnung – die Wandelbarkeit der Normen des sozialen Friedens – der Mut zum Risiko – Mitbestimmung und Beteiligung am neuen Eigentum – 2. Von der sozialen Gerechtigkeit: der Weg zur Wahrheit ist der Dialog – die Fehler des Liberalismus und des Skeptizismus – Kampf und Dialog – nochmals Mitbestimmung und Beteiligung am neuen Eigentum – die Haltung der Christen – 3. Der Dialog ist im wesentlichen schon die Lösung.

## Philosophie

**Sinn und Ziel des Philosophieunterrichts** (zum Sammelwerk «Aufgabe und Gestaltung des Philosophie-Unterrichts»): Genügt eine «Haltung»? – Auch ein Katholik hat die Möglichkeit, zu philosophieren – Zwei Gefahren: das bloße Tradieren und das unverbindliche Problematisieren.

**Bücher:** Der Christ und der Fremdenverkehr.

## KOMMENTAR

### Aktuelle Sozialprobleme:

### Was bringt MATER ET MAGISTRA Neues?

Es gibt natürlich ewig Gestrige, die nun zu beweisen suchen, es bleibe alles beim alten, in der neuen Sozialzyklika stehe nichts Neues, höchstens die besondere Berücksichtigung der Landwirtschaft und der Entwicklungshilfe.

Es ist aber unverkennbar, daß deutlich kräftige neue Akzente gesetzt, neue Wege eröffnet werden.

Niemand wird zwar vernünftigerweise erwarten, daß den alten Lehren und wesentlichen Grundsätzen der Katholischen Soziallehre der Abschied gegeben werde.

Johannes XXIII. betont im Gegenteil deren Kontinuität. Wir können ja nicht jedes Jahrzehnt ein neues System erfinden wollen, wie das so manche Wichtigtuer auf manchen Wissensgebieten zu verkünden belieben – deren Systeme ebenso schnell verschwinden, wie sie gekommen sind. Demgegenüber will der Papst den Zusammenhang mit der hergebrachten Lehre gewahrt wissen.

Kontinuität und Zusammenhang bedeuten aber nicht Stillstand, sondern Wachstum, Entwicklung, Mut zum Fortschritt und zu Neuem; sie schrecken auch vor neuen Aufgaben und neuen Ausblicken, überraschenden Schritten nicht zurück. Manches Altgewohnte und Liebgewordene tritt zurück, anderes tritt aus dem Dunkel hervor. Altvertraute Ideen und

Gedankengänge werden zwar nicht desavouiert, bleiben aber ohne besondere Beachtung. Man wendet sich neuen, ergänzenden Problemen und Ideen zu.

### Deutsche und französische Sozialtradition

Vor allem fällt es manchen deutschen katholischen Sozialwissenschaftlern schwer, zur neuen Sozialzyklika den richtigen Zugang zu finden. Quadragesimo Anno (und noch mehr so viele Ansprachen Pius' XII.) waren in ihrer Problematik und in manchen ihrer Formulierungen stark auf die Diskussionen im deutschsprachigen Raum (Österreich und Deutschland) abgestellt. Denkweise und Art der Argumentation lehnten sich spürbar an die Traditionen des deutschen Sozialkatholizismus an. Man braucht nur an die Darlegungen über das Eigentum, über das Verhältnis von Kapital und Arbeit, über die Entproletarisierung, über den Wettbewerb, über das Subsidiaritätsprinzip, über Klasse, Stand und berufsständische Ordnung und ähnliche Probleme zu denken, um zu spüren, wie stark der Einfluß von dieser Seite war.

In der neuen Sozialzyklika Mater et Magistra strömt nun in breitem Maße die französische (und italienische) Sozialtradition ein. Nicht als ob sie einseitig französisch wäre – so wenig, wie die früheren Enzykliken rein deutsch gewesen waren. Aber die starke Beachtung und wohlwollende Beurteilung der «Vergesellschaftung» («Socialisation») wie es im französischen und italienischen, ja bisweilen sogar im lateini-

schen Text heißt), die Betonung der Rechte der Arbeit vor dem Kapital, die Art der Behandlung der Cogestion (Mitspracherecht) – vor allem aber der behutsame Ton, der sich mehr an soziologische Analysen als an abstrakte Lehrsysteme anschließt, der ferner mit der Behauptung eindeutiger naturrechtlicher Forderungen sehr zurückhält und dafür eher mit Vorschlägen und Hinweisen sich begnügt, sehr eindeutig aber der ganze 4. Teil über die soziale Bildung, in dem geradezu wörtlich viele Formulierungen aus der belgisch-französisch-kanadischen Sozialbewegung aufgenommen werden, weisen eindeutig auf die katholische Sozialtradition und Sozialbewegung des französisch-sprachigen Raumes hin. Es kommen hier andere – wenn auch keineswegs widersprüchliche – Denkweisen, Gedankengänge und Ideen zum Zuge.

So sehr manche die Präzision der Formulierung und die Stringenz der Beweisführung früherer Verlautbarungen vermissen, so hörbar haben andere aufgeatmet, daß nun endlich die Bahn frei sei zu echten Diskussionen über die Sache, statt über Texte. Die Diskussion hat denn auch schon an verschiedenen Stellen lebhaft eingesetzt, auf die wir in unserer Artikelreihe noch zurückkommen werden.

### Neue Akzente

Wenn nach dem Neuen in der Sozialzyklika Mater et Magistra gefragt wird, so kann man, abgesehen vom neuen Stil und von der neuen Atmosphäre, etwa auf folgendes hinweisen:

► Der Prozeß der wachsenden Vergesellschaftung («Sozialisierung») des menschlichen Lebens wird realistisch und nüchtern gesehen und angenommen, ja mit einem gewissen Wohlwollen beurteilt. Die neue Sozialzyklika sieht nicht nur die negativen Seiten und Gefahren, sondern hebt auch die positiven Seiten wohlwollend hervor. Es wird nicht der Versuch gemacht, diesen Entwicklungsprozeß abzubremsen, sondern im Gegenteil, ihn für das menschliche Leben fruchtbar zu machen. Diese Tendenz zeigt sich in der Beurteilung des Staates und seiner Tätigkeit, der Gewerkschaften und sonstigen Verbände, des Genossenschaftswesens, der Sozialversicherung, der menschheitlichen Solidarität usw.: Nach der Betonung und manchmal unglücklichen Überspannung des Subsidiaritätsprinzips kommt nun in stärkerem Maße auch die Solidarität wieder zum Zuge.

► Die genauere Untersuchung wird ferner zeigen, daß eine große Zahl von Aussagen über das Gemeinwohl und seine bestimmende Rolle gemacht werden, die die einigermaßen festgefahrene Diskussion um einige Schritte weiterbringen könnte. Den Forderungen des Gemeinwohls wird eine Tragweite gegeben, die manche Kreise überrascht hat. Es mag wohl sein, daß hier der Blick auf die neuen Entwicklungsländer mit ganz andersartigen Traditionen eine gewisse Rolle gespielt hat.

► Mit dieser starken Betonung des Gemeinwohls und den Notwendigkeiten einer stärker vorangeschrittenen Vergesellschaftung der Lebensbereiche hängt die positive Bewertung der staatlichen Tätigkeit zusammen: Diesmal ist weniger von dem die Rede, was er nicht tun soll, als von dem, was auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich seine wirkliche Aufgabe ist. Auch hier knüpft Mater et Magistra an Gedankengänge an, die in Quadragesimo Anno schon vorhanden waren, inzwischen aber im Kampf gegen Nationalsozialismus, Kommunismus und alle totalitären Systeme als gefährlichen Mißbräuchen ausgesetzt erschienen und infolgedessen zurücktreten mußten oder vernachlässigt worden waren.

► Gegenüber einem schön konstruierten Sozialsystem treten der geschichtliche Fluß, die Dynamik, die besonderen Umstände und Erfordernisse der Stunde in den Vordergrund – ohne daß freilich der feste Boden solider Grundsätze und unverrückbarer Positionen verlassen würde. Diese Positionen sind aber weniger feste Gerüste, als vielmehr Richtpunkte,

zwischen denen der Weg hindurch führt. Wohl noch nie waren in einer Enzyklika anstelle von kategorischen Aussagen so oft Wendungen wie «Wir meinen, Wir sind der Ansicht, Wir halten es für angebracht, man sollte überlegen, man versuche» usw. zu lesen.

► Füllte in Rerum Novarum die Eigentumsfrage den ganzen ersten Hauptteil des Rundschreibens, so tritt in der neuen Sozialzyklika mit Nachdruck die Arbeit, ihre Würde, ihr Recht, ihr unbedingter Vorrang in den Vordergrund. An erster Stelle wird nicht mehr vom Eigentum, sondern von der Arbeit geredet, und an der inzwischen schon berühmt gewordenen Stelle (Herder-Ausgabe Nr. 107) heißt es sogar ausdrücklich: «Das entspricht vollkommen dem eigentlichen Wesen der Arbeit, denn diese ist unmittelbarer Ausfluß der menschlichen Natur und deshalb wertvoller als Reichtum an äußeren Gütern, denen ihrer Natur nach nur der Wert eines Mittels zukommt. Diese Entwicklung ist deshalb ein echter Ausdruck menschlichen Fortschritts» (vgl. «Orientierung», Nr. 16, S. 165–167).

► Das Mitspracherecht der Arbeitnehmerschaft, um das in Deutschland gerade auch in katholischen Kreisen so ängstlich und mit manchen Rückschlägen aus den eigenen Reihen gerungen wurde, wird mit deutlicher Bejahung behandelt und seine Verwirklichung gefordert. Der Papst hütet sich zwar, sich mit einer bestimmten Form und mit den Versuchen der gegenwärtigen Gesetzgebung zu identifizieren. Er kennt die Problematik. Aber es wird in dem Verlangen nach Mitsprache der Arbeitnehmerschaft ein naturrechtlicher Anspruch anerkannt und zu erneuten Versuchen aufgefordert.

Auch hier werden die mutigen Ansätze von Quadragesimo Anno zu Miteigentum, Mitsprache, Mitverwaltung, Einfügung von Elementen des Gesellschaftsvertrages in den Lohnvertrag usw. (Q. A. 65 – MM 84 ff), die solange verschüttet und mit Mißtrauen betrachtet oder einfach übergangen wurden, erneut aufgegriffen und weiter entwickelt. Wie sich überhaupt Quadragesimo Anno erneut als sehr fruchtbar und noch längst nicht ausgeschöpft erweist. Leider kam diese Enzyklika gegenüber Rerum Novarum und der hartnäckigen Diskussion um die berufsständische Ordnung in der Beachtung auf ganzer Breite entschieden zu kurz.

► Die Sozialversicherung, die manche Kreise so abschätzig behandeln wollten, wird ebenfalls in Schutz genommen. Sie wird für eine moderne Industriegesellschaft, ja sogar für die Landwirtschaft als berechtigt und zum Teil unbedingt notwendig erklärt.

► Über die wahre Stellung des Privateigentums in der modernen Gesellschaft wird sich noch manche Diskussion entwickeln, für die die neue Sozialzyklika die Tore geöffnet hat – wie für manche andere zeitweilig festgefahrene Probleme (MM 104–121).

► Auch über Wert und Grenzen der berufsständischen Idee, sowie über das Subsidiaritätsprinzip in seinem Verhältnis zur Solidarität und zum umfassenden, in mancher Beziehung erstrangigen Wert des Gemeinwohls wird die Diskussion erneut aufleben, unter anderen Vorzeichen.

► Der Gedanke der Solidarität mit seinen weittragenden Verpflichtungen wird zum erstenmal in differenzierter Weise auf die Landwirtschaft und die Entwicklungshilfe angewandt. Manche vermissen zwar auch hier konkrete Rezepte und festumrissene begriffliche Aussagen. Es könnte jedoch sein, daß der Papst hier bewußt nur Hinweise und Anstöße geben, den Rest aber der freien Diskussion und noch mehr der produktiven Tat und Erfahrung überlassen wollte.

Diese Andeutungen mögen genügen. Sie erschöpfen Inhalt und Bedeutung der neuen Sozialzyklika in keiner Weise, mögen aber einladen, die Diskussion kräftig anlaufen zu lassen.

Ein Punkt aber darf hier nicht unerwähnt bleiben: Die dringende Aufforderung des Papstes, sich viel ernster um soziale Bildung und soziale Tat zu bemühen. Fast der ganze 4. Hauptteil ist diesem Anliegen gewidmet. Er hat besonders im Hinblick auf die Entwicklungsländer und manche alten traditionell katholischen Länder eine geradezu bedrohliche Aktualität. In

besonderer Weise wendet sich der Papst an die Laien, und unter ihnen an die Akademiker – denen es bei aller sonstigen Bildung so häufig an Einsicht in die Soziallehre schrecklich mangelt. Eine große Verantwortung liegt auf ihnen. Sie müssen die Lehren und Grundsätze in fruchtbare und verantwortliche Tat umsetzen!  
J. David

## Kuba: der Totengräber Amerikas?\*

Es mag scheinen, daß die Überschrift dieses Artikels falsch sei, oder daß wir einen großen Umweg gemacht hätten, um darauf zurückzukommen. In Wirklichkeit stand er uns stets vor Augen. Unsere Absicht ist es nicht, über Kuba als solches zu schreiben. Wäre Castro nur der Kerkermeister Kubas, so könnte man immerhin mit dem kubanischen Volk den Verlust seiner Freiheit empfinden und sich fragen, wie Kuba wieder zu befreien ist, darauf hoffen usw.<sup>1</sup> Aber es geht um viel mehr als nur um Kuba: Kuba ist ein Fanal für ganz Amerika, vor allem für Lateinamerika. Der kubanische «Fall» läßt sich gar nicht mehr isolieren, er ist – diese Befürchtung haben wir schon Anfang 1960 ausgesprochen – zu einem Seuchenherd für den Kontinent geworden: nicht nur zu einem Beispiel im kleinen, wie es eventuell Lateinamerika ergehen «könnte» (auch das wäre schon alarmierend!), sondern zu einem Seuchenherd, welcher den ganzen Kontinent zu infizieren droht, oder besser gesagt, bereits begonnen hat, ihn zu infizieren, wobei die Schwäche dieses Kontinents, ja bereits vorhandene Krankheitsherde dieser drohenden Infektion noch die Wege bereiten.

Im Zentrum des Interesses steht natürlich die Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Man spricht im Fall Kubas von einem neuen Budapest, einem neuen Suez, und die antikommunistische Presse aller Länder beschwört die USA, doch keinen Tag zu verlieren, in Kuba einzumarschieren, den Seuchenherd zu zerstören und wieder Ordnung zu schaffen. Ordnung zu schaffen ist gewiß etwas Notwendiges. Aber die Leute, die bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit vom Ordnung-Schaffen reden und schreiben, sind nicht immer solche, die wirklich denken. Hitler und Mussolini wurden von diesen Leuten (es waren nicht nur Nationalsozialisten und Faschisten unter ihnen) bewundert oder wenigstens anerkannt, weil sie die berühmten «Ordnungsschaffer» waren gegen den Kommunismus<sup>2</sup>. Natürlich könnten die USA in Kuba Ordnung schaffen, wenigstens im oberflächlichen Sinn einer von außen auferlegten und mit den Kanonen erzwungenen Ordnung. Aber selbst das wäre beim jetzigen Zustand des politischen und wirtschaftlichen Chaos in Kuba eine recht riskante Angelegenheit. Aber sehen wir einmal davon ab! In Lateinamerika würde ein Einmarsch der USA-Truppen (mit Recht oder Unrecht, das fragen wir uns jetzt nicht, es geht uns jetzt nur um die Tatsache!) einen Eindruck machen, der auf Generationen nicht mehr zu verwischen wäre. Besser gesagt, es würde eine Woge der tiefsten Entrüstung durch ganz Lateinamerika branden, welche die bereits vorhandene anti-nordamerikanische Einstellung noch verschärfen, Castro und den Kommunisten einen weiteren Vor-

wand für ihre Propaganda liefern würde. Man mag dies in Europa vielleicht nur schwer verstehen, man mag dies bedauern, aber diese Tatsache läßt sich nicht leugnen.

Obwohl selbst nordamerikanische Pressestimmen von einem «neuen Budapest» gesprochen haben, können wir uns mit einer solchen Vision keineswegs einverstanden erklären, sie ist ein Ausdruck der Leidenschaftlichkeit oder wenigstens der Oberflächlichkeit (wenn auch irgendwie verständlich): Im Falle Budapest hätten die USA das Einverständnis, ja die Begeisterung weitester Kreise Europas und der «freien Welt» eingeholt, im Falle Kuba würde – was Lateinamerika betrifft – das gerade Gegenteil eintreten<sup>3</sup>. Und heutzutage kann es sich selbst eine Großmacht wie die USA nicht leisten, ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung anderer Länder, und am wenigsten der Nachbarn, einen militärischen Schritt von solcher Tragweite zu tun (mag er im Interesse der eigenen Verteidigung und der des Kontinents noch so berechtigt erscheinen), auf jeden Fall müßte ein solcher Schritt gründlich überlegt werden. Der Vergleich mit Budapest hinkt also nicht wenig!

Soll man also Castro und seinen kommunistischen Drahtziehern das Feld einfachhin überlassen und die bisher begangene Unterlassungssünde noch ins Extrem treiben? – Darum geht es selbstverständlich nicht und die USA sind die ersten, welche gezwungen sind, dem kubanischen, oder besser dem lateinamerikanischen oder panamerikanischen Problem, das durch Kuba in den Brennpunkt gerückt wurde, alle Aufmerksamkeit zu widmen. Es geht lediglich um die Art und Weise, wie man diesem Problem beikommen kann.

### Die Unterlassungssünde der USA

Falls es uns gestattet ist, uns eines eher in der ethischen Literatur gebräuchlichen Ausdrucks zu bedienen (der aber die Sache klar umreißt), so möchten wir sagen: die USA müssen im Falle Kubas Busse tun für ihre enorme Unterlassungssünde! Wenn man sich einerseits die wirtschaftliche, politische, soziale und psychologische Lage von Lateinamerika vor Augen hält, andererseits die bisherige Einstellung der USA dieser Lage gegenüber, dann wird man verstehen, daß diese Situation weder mit einem Federstrich noch mit einem Schwertstreich aus der Welt geschafft werden kann, sondern einfach durchgelitten werden muß. Das mag manchen etwas ungewohnt erscheinen, ja als ein unzulässiger Ausflug vom politischen ins moralische Gebiet. Aber von einem höheren geschichtlichen Blickfeld aus betrachtet ist es vielleicht nicht einmal so ganz abwegig, diesen Vergleich zu wählen: man darf wohl sagen, daß das nordamerikanische Volk als Ganzes, trotz nicht weniger sympathischer Eigenschaften, zu sehr für sich allein gelebt und sich mit der Weltpolitik und auch mit militärischen Unternehmungen nur insoweit befaßt hat, als es seinen eigenen Interessen entsprach (natürlich steht es diesbezüglich nicht allein da). Durch den Zweiten Weltkrieg ist ihm infolge seiner internationalen Bedeutung eine Rolle zugefallen, für die es nicht genügend vorbereitet war. Es muß erst allmählich in diese Rolle hineinwachsen und an ihr reifen. Dies gilt vor allem für seine Stellung gegenüber dem Kommunismus und den unterentwickelten

\* Siehe auch Nr. 17, S. 182ff. und Nr. 18, S. 195ff.

<sup>1</sup> Sicher darf man nicht den heute oft gemachten Fehler begehen, für Kuba nur insoweit Interesse zu zeigen wie die Kommunisten oder auch oft antikommunistische Kreise, welche sich weniger für Kuba und sein Volk interessieren, als daß der kubanische Fall dazu diene, ihre Interessen durchzusetzen. Das darf aber nicht heißen, daß man das kubanische Problem nur aus der lokalen Perspektive betrachte.

<sup>2</sup> Wir denken zum Beispiel an italienische Ordnungspropheten zur Zeit des Zweiten Weltkrieges in Turin, die sich nicht Rechenschaft darüber gaben, daß gerade unter der faschistischen Herrschaft und teils durch deren Schuld weite Arbeiterkreise der Fiat marxistisch eingestellt waren.

<sup>3</sup> Die Lage der USA gegenüber Lateinamerika wäre allerdings etwas anders, wenn die USA, trotz ihrer Bemühung, gemeinsam mit den Staaten von Lateinamerika eine wirksame Lösung des kubanischen Problems und eine feste Haltung gegenüber dem Weltkommunismus zu finden, wegen Mangel an geschichtlichem Verantwortungsgefühl von seiten der lateinamerikanischen Staaten gezwungen wären, allein vorzugehen.

Völkern. Um uns auf Lateinamerika zu beschränken, so läßt es sich nicht ableugnen, daß nicht nur das nordamerikanische Volk, sondern auch seine Führer bis in die letzte Zeit hinein die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

Was Kuba im besondern angeht, so glaubten die maßgebenden nordamerikanischen Kreise, daß es sich bei der Revolution gegen den Diktator Batista um eine der gewöhnlichen und schon gut bekannten «Palastrevolutionen» handelte. Nachdem man jahrelang mit Batista in recht gutem Einvernehmen gelebt hatte, gewährte man nun auch Fidel Castro eine (mindest indirekte) Unterstützung und kümmerte sich im übrigen nicht sehr um die Schicksale der Republik an den Toren der USA. Es ist natürlich allzu billig, zu sagen, was in einer bestimmten historischen Situation geschehen wäre, wenn oder wenn nicht ... Immerhin, da man schon den Fall «Guatemala» erlebt hatte, da außerdem schon seit Jahren der Kommunismus sich für Lateinamerika interessiert, da Kuba an den Toren der USA liegt, hätte es wohl nicht eines außerordentlichen genialen Blicks, sondern nur eines wachsamen Auges bedurft, um die Entwicklung Kubas etwas näher zu studieren und zu verfolgen, statt sich von den Ereignissen treiben und dann zu spät überraschen zu lassen. Hätte man rechtzeitig den eminent sozialen, populären, nationalen und wirtschaftlichen Charakter der kubanischen Freiheitsbewegung erkannt, so wäre es nach unserer Ansicht möglich gewesen, sich rechtzeitig einzuschalten, begangene Fehler nicht zu wiederholen, sich mit den gemäßigten Kreisen der Revolution an den Tisch zu setzen, diese Kreise politisch und wirtschaftlich zu unterstützen!

Statt dessen ließ man Castro (dafür ist allerdings nicht die Regierung der USA verantwortlich, wenn wir richtig orientiert sind) zu einer Zeit, als man schon gute Gründe haben konnte, hinter ihn zum wenigsten ein Fragezeichen zu setzen, nach den Staaten kommen, um ihn zu feiern oder zum mindesten wichtig zu nehmen und so Propaganda für ihn zu machen!

Nun müssen die USA die Unterlassungssünde gegenüber Kuba – welche zugleich ein Symbol ist der Unterlassungssünde gegenüber ganz Lateinamerika (hatte man nicht an Tito mehr Geld verschwendet als an den ganzen südlichen Kontinent?) – büßen, ob man nun dem Wort büßen einen mehr moralischen oder einen rein punitiven Charakter zusprechen will! – Die Einsicht ist nun endlich, auf Grund der harten Sprache der Tatsachen und versäumten Gelegenheiten, gekommen, wenigstens bei den führenden Kreisen und – wie wir glauben – immer mehr auch in Kreisen der weiten Bevölkerung, daß die USA gezwungen sind, im eigenen Interesse sowohl wie im Interesse des gesamten Kontinents, ja, man kann sagen im Weltinteresse, endlich eine weitblickende und aktive, aber zugleich kluge Politik gegenüber ihren Brüdern in Lateinamerika zu unternehmen.

## Die Heilung

Selbstverständlich handelt es sich hier nicht darum, in leichtfertiger Weise mehr oder weniger billige oder teure Heilmittel anzupreisen. Der kubanische Fall ist schwer und weittragend genug, daß sogar gewiegte Politiker und Soziologen kaum wissen, wie einen tragbaren Ausweg finden. Aber es ist auch schon heutzutage wohl möglich, wenigstens der Richtung nachzuspüren, in welcher ein Ausgang sich finden könnte.

Das Dilemma ist etwa folgendes:

Kuba ist theoretisch (der etwas abschwächende Ausdruck Castros vom 1. Mai, wonach Kuba zum sozialistischen Lager gehört, wird niemandem Sand in die Augen streuen!) und praktisch ins kommunistische Lager abgeschwenkt und für den ganzen lateinamerikanischen Kontinent geradezu eine Fahne des Aufruhrs (inwieweit dabei Castro und sein Programm oder der dahinter stehende russische oder chinesische Kommunismus vorherrschend sind, hat – so glauben wir – wenig Bedeutung), und zwar der kommunistischen Revolution. Die USA suchen nun der endlich klar erkannten Gefahr zu begegnen. Nach Ansicht mancher Kreise in USA würde sich ein einfacher Weg bieten: nämlich der einer direkten militärischen Aktion gegen Kuba, also gegen den eigentlichen Brandherd. Diese Möglichkeit haben wir jedoch als kurzfristig bereits zurückgewiesen.

Während die Monroedoktrin (trotz ihrer Geltung für den ganzen Kon-

inent) noch wesentlich auf der Vorherrschaft – politisch und militärisch – der USA beruhte, so ist heute die Zeit eher reif für eine eigentliche pan-amerikanische Einstellung, etwa im Sinn von *Simon Bolivar*. Es dürfte auch in den USA allmählich klar werden, daß die Zeit der Monroedoktrin endgültig vorbei ist und daß in Zukunft nur eine pan-amerikanische Lösung der kubanischen Frage Aussicht hat, besonders da Kuba zu Lateinamerika gehört und heutzutage sogar für Lateinamerika repräsentativ steht. Kuba ist ein Kleinstaat, gewiß, aber es ist darüberhinaus zu einem Begriff geworden für ganz Lateinamerika. Eine einseitig nur von den USA vertretene Lösung würde in Lateinamerika nicht akzeptiert werden. Es ist ein Zeugnis für die Reife der jetzigen nordamerikanischen Regierungskreise, dies endlich erkannt zu haben und danach zu handeln.

Gerade weil das jetzige nordamerikanische Regierungsteam versucht, sich mit der eigentlichen Wurzel der Angelegenheit zu befassen und nicht Symptomen nachzujagen und Pflasterchen auf schwärende Wunden zu legen, weiß es auch, daß den eigentlichen Gefahrenherd die ernste soziale und wirtschaftliche Lage bildet. Kennedy weiß, daß er hier einzusetzen hat.

Aber auch das genügt noch nicht. Die USA können es sich heute nicht mehr leisten, selbst wenn es um Hilfe für andere Völker und Anleihen geht, einfach nur mit eigener Initiative, sozusagen «paternalistisch» vorzugehen. Im Falle Kuba (der – wir werden nicht müde, es immer wieder zu betonen – ein lateinamerikanisches oder sogar ein pan-amerikanisches Problem ist) kann ein dauernder Erfolg nur erzielt werden, wenn die USA versuchen, gemeinsam mit den andern amerikanischen Staaten, vor allem des Südens, zu operieren.

Und hier liegt unserer Ansicht nach die innerste Wurzel und der eigentliche Gefahrenherd des Problems:

Nicht als ob viele Regierungsmänner die Gefahr verkennen würden. Sie erkennen sie wohl, aber die meisten wagen nicht, entsprechend zu handeln. Gewisse, wie man in Europa sagen würde, «liberale Regierungen» bürgerlichen Schlags (um sie von den Diktaturen zu unterscheiden) zittern bei dem Gedanken an eine mögliche oder wahrscheinliche Revolution des Volkes nach kubanischem Vorbild, obwohl gerade die gleichen Regierungen seit langem durch ihre egoistische Politik die eigentliche Grundlage für eine soziale Revolution gelegt haben. Weder wagen sie, sich entschieden auf die Seite der USA zu schlagen (tragischerweise gerade im selben Augenblick, wo endlich die USA eine hellere und entschiedener Politik – und zwar im Interesse des Gesamtkontinents – einzuschlagen bereit sind!), weil sie den einheimischen Nationalismus gegen sich hätten, noch deutlich gegen den Kommunismus sich zu entscheiden, weil sie die Linkskreise fürchten und nichts oder zu wenig getan haben, um dem sozialen Elend zu steuern<sup>4</sup>.

Diese Staaten also sind Mitglieder der OEA. Diese Organisation scheint bisher eher eine Tribüne für schöne pan-amerikanische Reden als ein wirksames Arbeitsinstrument für den Kontinent gewesen zu sein. Jedenfalls gegenüber der (wenn auch glücklicherweise nicht in jedem Fall erfolgreichen) schlagfertigen oder wenigstens schlagbereiten russischen Politik macht die OEA den Eindruck eines etwas verrosteten Instrumentes, das langsam arbeitet und hinter den Ereignissen einherhinkt. Im August vergangenen Jahres versammelten sich in *San José de Costa Rica* die amerikanischen Außenminister. Bei dieser Gelegenheit wurden diplomatische (Abbrechen der diplomatischen Beziehungen) und wirtschaftliche Sanktionen gegen Trujillo in Santo Domingo unternommen. Was Fidel Castro betrifft, dessen Diktatur (wenn auch viel jüngeren Datums) bedeutend drückender ist und dessen Vorgehen eine große und unmittelbare Gefahr für den ganzen Kontinent darstellt infolge seiner engen Bindung an den Weltkommunismus, begnügte man sich, seine pro-kommunistische Politik indirekt zu verurteilen, ohne daß konkrete Maßnahmen ergriffen worden wären. Für Castro bedeutete die Konferenz zwar nicht gerade einen Freibrief, aber doch nur eine rein platonische Bedrohung, welche für die Kommunisten wenig zu bedeuten hat. Der praktische Erfolg war gleich null.

Im Juli vergangenen Jahres ließ die nordamerikanische Regierung wissen,

<sup>4</sup> Wie man angesichts dessen noch schreiben kann (und zwar von seiten eindeutig antikommunistischer Kreise), «Amerika benötige eine Front liberaler Pädagogie» gegenüber dem Kommunismus («Universal», Caracas, 17. Mai 1961), ist uns ein Rätsel.

daß die USA 500 Millionen Dollars zur Verfügung stellen werden, um die wirtschaftliche Lage in Lateinamerika zu bessern. Diese Maßnahme, welche den Anfang einer entgegenkommenderen Politik der USA gegenüber Lateinamerika bedeutete, wurde allerdings in Lateinamerika lediglich als eine Reaktion auf die Provokationen Castros betrachtet, obwohl das Staatssekretariat dies, wie es natürlich war, leugnete. Wieder einmal war eine Maßnahme zwar richtig getroffen worden, aber – psychologisch gesehen – zu spät gekommen. In der späteren Zusammenkunft der amerikanischen Wirtschaftsexperten in Bogotá wiederholte der nordamerikanische Vertreter Dillon in aller Form dieses Anerbieten, aber dann stellte es sich heraus, daß die OEA überhaupt nicht die technischen Voraussetzungen bot, um die Pläne für die Investition der 500 Millionen auszuarbeiten. Und das in einer Zeit, wo die wirtschaftliche und politische Lage in Lateinamerika sich verschlechterte!

## Ergebnisse

Versuchen wir die Schlußfolgerungen aus dem Gesagten, so wie wir sie sehen, zu ziehen.

► Kuba hat aufgehört, ein rein lokales Problem zu sein, es ist nicht einmal nur etwa ein Problem des unruhigen karibischen Raumes, sondern es ist ein panamerikanisches Problem. Ja, wir glauben, es als ein internationales Problem im weitesten Sinn ansehen zu können: es ist eine Entscheidung des gesamtamerikanischen Kontinents für oder gegen den Kommunismus (und «gegen den Kommunismus» darf nicht einfach eine negative Entscheidung bedeuten, sondern die für eine neue und gerechte soziale Ordnung). Genauer genommen handelt es sich aber nicht um eine Entscheidung zwischen Amerika einerseits und China oder Rußland mit den Satelliten andererseits, der Kommunismus hat bereits Positionen in Amerika bezogen, besser gesagt in Lateinamerika (inwieweit er etwa in USA oder Kanada Positionen hat oder nicht, ist uns nicht bekannt, auf jeden Fall bilden sie keine unmittelbare Gefahr). – In ganz Lateinamerika hat der Kommunismus (wenn auch mit unterschiedlicher Stärke) ideologisch einen starken Einfluß vor allem auf Intellektuelle, Studenten und (wenn auch noch in geringerem Grad) auf die Arbeiter. Dazu kommt, daß die nicht nur schwierige oder ernste, sondern im eigentlichen Sinn des Wortes unhaltbare soziale und wirtschaftliche Lage in den nächsten Jahren Millionen in die Arme des Kommunismus treiben wird, aus reiner Verzweiflung, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. Abgesehen von dieser ideologischen und psychologischen Durchdringung gibt es nun in Lateinamerika einen eigentlichen Brückenkopf des Weltkommunismus, der mit allen Mitteln versucht, zunächst im karibischen Raum, dann aber darüber hinaus in ganz Lateinamerika Einfluß zu gewinnen: Kuba, wobei nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß – ganz abgesehen vom Weltkommunismus – Kuba mit seiner zum Kommunismus abgeglittenen Revolution eine Resonanz in weiten Kreisen des Kontinents gefunden hat.

► Was Lateinamerika betrifft, so erkennen wohl viele Staatsmänner die Gefahr des Kommunismus (wenn auch längst nicht überall in ihrer eigentlichen Tiefe und Bedeutung), aber sie wagen ihr nicht zu begegnen. Manche fürchten, als «pro-yankee» verschrien zu werden, falls sie sich zu einer Aktion aufraffen, die meisten sind im Grund nicht geneigt, ein wirklich kühnes soziales Programm durchzuführen (dazu gehört eben nicht nur eine soziale Gesetzgebung, welche allein als solche ohne einen sozialen oder wirtschaftlichen Strukturwandel zum größeren Teil auf dem Papier bleibt). Ganz abgesehen davon, daß viele Staatsmänner marxistisch (wenn auch nicht kommunistisch) eingestellt sind: Was für ein soziales Programm sollen sie in Angriff nehmen? Der Kapitalismus (den lateinamerikanischen Kapitalismus muß man sehr vom europäischen und nordamerikanischen heutigen Kapitalismus unterscheiden!) ist zum großen Teil für die soziale und wirtschaftliche Misere verantwortlich und hat keine Zukunft. Die marxistische Ideologie und auch Soziologie sind kein genügender Damm gegenüber dem Parteikommunismus (von allem

andern abgesehen). In den letzten Jahren hat sich in verstärktem Maß das Ideal der Christlichen Demokratie und der Christlich-Sozialen bekanntgemacht, hat sich aber bisher weder in den Massen durchgesetzt noch ist es in einflußreicher Weise in die Regierungskreise gedrungen, wenn es auch eine große Hoffnung für die Zukunft bedeutet.

► Wenn wir uns fragen, wie Lateinamerika gegenüber dem Kommunismus gerüstet ist, so fürchten wir, daß es – abgesehen von der katholischen Kirche – keine nennenswerte Macht gibt, welche sich dem Kommunismus entgegensetzen könnte, am wenigsten sicher der recht farblose Liberalismus verschiedener Schattierungen und ebensowenig die noch vorhandenen «konservativen Kreise» (welche sorgfältig von den europäischen Konservativen zu unterscheiden sind), die sich gern als katholisch, ja als Stütze der Kirche ausgeben, in Wirklichkeit aber größtenteils deren soziale Prinzipien in der Tat verleugnen.

Ja, sogar was die katholische Kirche selber betrifft, so besteht zwar kein Zweifel, daß sie weltanschaulich dem Kommunismus und Marxismus überlegen ist (jedenfalls, was den Inhalt ihrer Weltanschauung betrifft, nicht aber stets in bezug auf deren Anziehungskraft), aber nicht alle sind davon überzeugt, daß sie im jetzigen Augenblick unmittelbar darauf vorbereitet wäre, als Gesellschaft in allen Ländern des Kontinents einem massiven Ansturm des Kommunismus mit gleichem Erfolg zu widerstehen. Hingegen sind wir überzeugt, daß auf lange Sicht gesehen die Zeit auch in dieser Hinsicht für die Kirche arbeitet, man denke nur an das wirklich providenzielle Entstehen des CELAM (Consejo Episcopal Latinoamericano) mit Sitz in Bogotá, der seinen Einfluß auf ganz Lateinamerika auszustrahlen beginnt, der auch allmählich die vorhandenen kirchlichen und katholischen Kräfte organisiert und mobil macht, dessen wohltätige Wirkungen aber in breiterem Maß erst in einer mehr oder weniger langen Zukunft zu spüren sein werden.

Die jetzigen Staatsmänner von Lateinamerika, zum guten Teil vom Marxismus infiziert (wenn auch meistens nicht kommunistisch), bilden jedenfalls nicht alle einen wirksamen Damm gegen den Kommunismus. Die größtenteils egoistisch eingestellten besitzenden Klassen erkennen die Zeichen der Zeit nicht, sie zittern zwar vor dem Kommunismus, sie sind erklärte Antikommunisten, sind aber in ihrer Blindheit sogar manchmal als Einzelpersonen bereit, den Kommunisten noch einige Konzessionen zu machen, in der trügerischen Hoffnung, so etwas von ihrem Schäfchen retten zu können. Für das christlich-soziale Ideal haben sie meistens nichts übrig (vielleicht hat das sogar noch eine positive Seite, insofern, daß dadurch die christlich-soziale Idee nicht vor den Massen kompromittiert wird). Ebenso wenig sind die Kreise, die man mehr oder weniger glücklich als «Faschisten» bezeichnet, eine Stütze gegen den Kommunismus.

Abschließend glauben wir sagen zu können, daß die Zeit – auf lange Sicht gesehen – für Lateinamerika arbeitet, daß hervorragende Kräfte vorhanden sind, die sich zweifellos eines Tages Bahn schaffen werden, daß dieser Kontinent der Welt und der Kirche viel zu geben haben wird, daß er aber im jetzigen Moment nicht in jeder Beziehung gerüstet scheint, einem Ansturm des Kommunismus erfolgreich die Stirn zu bieten.

Was diesen letzteren betrifft, so würde es für den Weltkommunismus (trotzdem er weltanschaulich gesehen in Lateinamerika tiefe Breschen geschlagen hat, gerade unter den für die Zukunft einflußreichen Kräften) als Partei und Machtfaktor kein Leichtes sein, Lateinamerika ohne weiteres zu «verdauen». Übrigens glauben wir, daß bei dem stark individualistischen Charakter der Lateinamerikaner, den ungeheuren Entfernungen und den vielen noch nicht völlig erschlossenen Gebieten die Gefahr des Kommunismus wohl geringer sein wird als die eines (wenn auch marxistisch gefärbten) Anarchismus.

► Im jetzigen Moment halten wir die Vereinigten Staaten als gesellschaftlichen Faktor gesehen und als Machtzentrum (von der katholischen Kirche abgesehen) größtenteils nicht weltanschaulich als das stärkste antikommunistische Bollwerk, dem eben deshalb eine ganz besondere geschichtliche Rolle und Verantwortung zugefallen ist. Bisher – so glauben wir – war das nordamerikanische Volk nicht in der wünschenswerten Weise darauf vorbereitet.

Hingegen hat es allen Anschein, daß die Regierung Kennedy sich ihrer Verantwortung diesbezüglich voll bewußt ist und daß sie ernstlich versucht, endlich die schweren Versäumnisse Lateinamerika gegenüber gutzumachen.

Im jetzigen Augenblick ist Kuba tatsächlich ein gefährlicher Brandherd, den man nicht aus den Augen lassen kann, und der für die nächste Zukunft gesehen sich auszubreiten droht.<sup>5</sup> Schon im eigenen Interesse können die USA hier nicht gleichgültig bleiben. Aber gerade hier gilt besonders das eben Gesagte: Die USA können nicht einseitig vorgehen, ohne wenigstens die lateinamerikanischen Staaten konsultiert zu haben, und ebenso wäre mit dem Ausmerzen des kubanischen Brandherdes wenig getan, wenn es nicht gelänge, endlich an die Wurzel zu gehen, an die wirtschaftliche und soziale Misere des südlichen Kontinents.

Diese Politik auf lange Sicht, mit der gegenüber Kuba einzuschlagenden Politik der nächsten Zukunft in das richtige Verhältnis zu bringen, das halten wir für den gordischen Knoten der heutigen amerikanischen Politik.

Immerhin scheint uns, daß eine klare Entscheidung und ein an ihr orientiertes Handeln nicht quasi sine die aufgeschoben werden darf. Es könnte sonst die Gefahr entstehen, daß die Kommunisten, um Kennedys langfristigen Plan zu sabotieren, sich in noch vermehrtem Maß des kubanischen trojanischen Pferdes bedienen, um Lateinamerika zu durchdringen, auf jeden Fall aber, daß bei einem Mangel an wirklichen Ent-

<sup>5</sup> In einem bedeutenden Staat des karibischen Raumes sind die mit dem Kommunismus und mit Castro alliierten Kräfte bereit (soweit es von ihnen abhängt), schon diesen Sommer zuzuschlagen. Die zahlreichen Militärputsche des betreffenden Landes dürften nicht nur mit traditionellen Gewohnheiten, sondern auch mit dieser Tatsache in Zusammenhang stehen, falls wir uns nicht täuschen.

schlüssen die USA ihre Freunde in Lateinamerika verlieren, aus falsch verstandener Rücksicht auf die Marxisten, die in diesem Fall den USA nicht etwa vermehrtes Verständnis, sondern nur Verachtung bezeigen würden. Die «Eierköpfe» in Ehren, aber ein starker Arm zur rechten Zeit käme den Problemen von Lateinamerika entgegen und würde zugleich den Gegnern, welche im Trüben fischen wollen und werden, Achtung einflößen.

Um abschließend das eingangs zitierte Wort von einem zweiten (das heißt amerikanischen) Budapest nochmals zu gebrauchen, so kann man ihm allerdings einen richtigen Sinn geben: Der Fall Kuba kann sich zu einem amerikanischen Budapest ausweiten, das an Tragik sicher den «Fall Budapest» von 1956 übertreffen würde: dann nämlich, wenn die jetzige Unentschlossenheit oder sogar Blindheit und sträfliche Leichtfertigkeit so vieler Politiker fortfahren, das veraltete, im Grund (wie wir glauben) anti-bolivarianische und auf jeden Fall heute zweischneidige Prinzip der «Nicht-Intervention» zu Tode zu reiten, während es vom internationalen Kommunismus im Fall Kuba und wenigstens ideologisch in ganz Lateinamerika schon längst durchbrochen ist. Diese Inkonsequenz – und in manchen Fällen Heuchelei – gilt es aufzugeben. Hier und jetzt aber sind – so glauben wir – nicht die USA allein und nicht einmal in erster Linie verantwortlich (die jetzige Regierung Kennedy hat zum mindesten das gezeigt, daß sie die Gefahr sieht und sucht, ihrer Herr zu werden).

Heute liegt nach unserer Überzeugung die Hauptverantwortung bei den führenden Köpfen und Politikern von Lateinamerika, ein guter Teil davon ist es, welche durch ihre Blindheit, Unentschlossenheit und zum Teil gefährliches Spiel gegenüber dem Kommunismus der jetzigen Regierung der USA gleichsam in den Arm fallen, um noch rechtzeitig sich mit dem Kommunismus in Amerika auseinanderzusetzen. Sollte diese Haltung in diesem Jahrzehnt nicht gründlich geändert werden und gelingt es nicht, in Lateinamerika dem wirtschaftlichen und sozialen Elend zu steuern, so halten wir den Sieg des Kommunismus, oder genauer des Anarchismus für sicher: dann wäre nicht nur Castro, sondern es wären auch jene blinden oder wenigstens unentschiedenen und damit verantwortungslosen Politiker zu Totengräbern von Lateinamerika geworden.

*Wilhelm Emil Willwoll*

## VOM «RECHTEN SOZIALEN LEBEN»

(Die folgende Arbeit wurde auf dem Kongreß alter Jesuitenschüler [3. bis 7. September 1961] in Marseille als Vortrag gehalten. d. R.)

Der Christ hat im sozialen und wirtschaftlichen Leben eine Aufgabe zu erfüllen. Durch sein soziales Wirken in der Welt, an der er teil hat, muß sein Christentum Fleisch und Blut annehmen. An den Bestrebungen, die soziale Gerechtigkeit in der heutigen Welt zu verwirklichen, kann er nicht achtlos vorbeigehen. Christentum ist nicht Privatsache, es besagt ein Lebensprogramm, das zu einem Apostolat auf allen Gebieten verpflichtet.

Der vorliegende Aufsatz will herausarbeiten, wie wir unser soziales Wirken auffassen müssen, damit es der Welt, in der wir leben, entspricht. Gewiß, der christliche Geist muß es erfüllen; aber das allein genügt nicht. Die Durchführung der sozialen Gerechtigkeit stellt uns vor Fragen, zu deren Beantwortung der gute Wille nicht ausreicht. Es braucht dazu auch Verstand. Unser Handeln setzt eine Kenntnis der besonderen Situation, in der es sich vollziehen soll, voraus und man muß die Eigenart der Fragen kennen, die hier zu behandeln sind.

Was ist besser: doktrinaler Rigorismus oder Verständigungsbereitschaft?

Um konkret zu zeigen, wie dringlich eine Reflexion über die Probleme des sozialen Wirkens ist, will ich gleich zu Anfang gewisse Tatsachen vorlegen, welche die ganz besondere «Problematik» des sozialen Lebens deutlich machen.

Wenn man gegenüber der sozialen Wirklichkeit nicht gleich als Reformator auftreten will, sondern sie zunächst als Wissenschaftler ins Auge faßt, dann wird man alsbald feststellen, daß Probleme der sozialen Gerechtigkeit nur in ganz bestimmten Situationen auftauchen. Solche Fragen gibt es nur dort, wo eine in sozialer Hinsicht verschieden denkende Gesellschaft sich vorfindet. Solange die ganze Welt die soziale Gerechtigkeit und ihre Erfordernisse in der gleichen Weise auffaßt, stellt ihre Verwirklichung kein Problem dar. Die Tatsache an sich aber, daß man sie nicht in der gleichen Weise auffaßt, ist der Grund, daß es soziale Probleme gibt.

Die Sozialgeschichte zeigt, daß das die moderne Gesellschaft so sehr beschäftigende Problem der sozialen Gerechtigkeit erst in dem Augenblick zu ihrem Kennzeichen wurde, als die

alte Gesellschaft und mit ihr das einheitliche Denken in sozialer Hinsicht zusammenbrachen.

Andererseits beobachten wir, daß die Sozialprobleme der Zeit vor dem ersten Weltkrieg für uns dahinfallen, weil in bezug auf die Fragen, welche damals die Geister trennten, heute die Einheit wiederhergestellt ist. Die Intervention des Staates im Bereich des Sozialen, die Gewerkschaftsfreiheit, das allgemeine Wahlrecht waren solange Fragen der sozialen Gerechtigkeit, als sie zwei Parteien mit entgegengesetzten Auffassungen einander gegenüberstellten. Damit all diese Dinge kein Problem mehr darstellten, genügte es, daß sich alle auf eine bestimmte Auffassung über die Erfordernisse sozialer Gerechtigkeit in diesen Bereichen einigten.

Im übrigen sieht man ohne weiteres ein, daß ein Bemühen, der sozialen Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen, jeden Sinn verliert in einer Gesellschaft, deren Glieder sich darüber einig sind, wie die Sozialbeziehungen geregelt werden müssen. Anerkannten Normen verschafft nämlich das soziale Leben normalerweise durch sich selber Achtung, indem es juristische Zwangsmittel und die spontane öffentliche Meinung in Bewegung setzt.

Diese erste Überlegung führt uns zwanglos zu einer zweiten. Wenn die Verwirklichung der Gerechtigkeit in dem Augenblick kein Problem darstellt, in dem darüber Einheit herrscht, was die soziale Gerechtigkeit erfordert, müßte dann nicht das Bestreben, die sozialen Probleme zu lösen, sich in erster Linie darauf richten, die Einheit der Anschauungen in sozialer Hinsicht herzustellen? Müßte das Sozialwirken, um fruchtbar zu werden, nicht bestrebt sein, eine gemeinsame Idee der sozialen Gerechtigkeit dadurch zu erarbeiten, daß man dort ein Einvernehmen zu schaffen versucht, wo es nicht besteht?

Wie dem auch sei, auf jeden Fall steht fest, daß in der Praxis des sozialen Lebens sich ein realistischer Versuch, die Geister einander näher zu bringen, für den sozialen Frieden als weit fruchtbarer erweist, als ein doktrinaler Rigorismus. In den Jahren 1950–1953 gab es in den Niederlanden ein soziales Malaise, das daher kam, daß die Arbeiter und der Mittelstand ziemlich scharf gegeneinander standen. Am leidenschaftlichsten beschuldigten sich die katholischen Vertreter der beiden feindlichen Lager. Und warum? Beide Seiten behaupteten, sie verteidigten lediglich Forderungen, die sich logischerweise aus der sozialen Gerechtigkeit ergäben, so wie die Soziallehre der Kirche sie vorlege. Bis schließlich ein sozialistischer Abgeordneter eines Tages ausrief: «Wer von beiden hat nun eigentlich den Plan Gottes in seiner Tasche: Herr Duijnstee, der Vertreter des katholischen Mittelstandes, oder Herr de Bruin, der Vertreter der katholischen Gewerkschaften?»

Diese Art von Dogmatismus vergiftet offensichtlich die Verhandlungen. Man hätte in unserem Fall dem sozialen Frieden weit besser gedient, wenn die eine wie die andere Seite sich bemüht hätten, die Stellungnahme des Gegners zu verstehen und zu würdigen, um auf diese Weise einen Kompromiß zu erzielen, der auf die Länge sich zweifellos in eine für beide Teile annehmbare Synthese verwandelt hätte.

Wenn das nun im Bereich der Praxis also ist, folgt dann aber nicht daraus, daß die Erfordernisse des sozialen Friedens und das Ideal der sozialen Gerechtigkeit grundsätzlich einander widersprechen? Ich hoffe, in den hier folgenden Ausführungen beweisen zu können, daß dem nicht so ist. Der Eindruck, als sei es doch so, kommt lediglich daher, weil wir noch auf eine allzu individualistische Weise denken.

Wir haben uns noch nicht an den Gedanken gewöhnt, daß der menschliche Geist von Grund auf sozial ist und daß die Erforschung der sozialen Wahrheit nur das Werk sozialer Zusammenarbeit sein kann.

Zuvor aber müssen wir noch bei der Schlußfolgerung aus den eben gemachten Erwägungen verweilen: es gibt eine «Problematik» des sozialen Friedens.

### **Vom sozialen Frieden und seinen Vorbedingungen**

Tatsächlich stellt man fest, daß das Einvernehmen und der Friede zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölke-

rung Probleme eigener Art aufwirft. Das «rechte soziale Leben» setzt voraus, daß gewisse Schwierigkeiten überwunden sind, die dem Zusammenleben als solchem anhaften.

Damit die Beziehungen der Glieder einer Gesellschaft friedfertige seien, muß man sich über eine Anzahl von Regeln einig haben, welche die beim sozialen «Geschäft» zu achtenden Rechte und zu beobachtenden Pflichten festlegen. Fehlt der «Consens» zur Aufstellung der grundlegenden sozialen Pflichten und Rechte, so verurteilt das die Gesellschaft zu einem Chaos. Sie wird bestenfalls zu einem heiklen Gleichgewicht kommen, das in jedem Augenblick in einen Kampf aller gegen alle umschlagen kann.

### *Die Bedeutung des kollektiven Bewusstseins*

Die entscheidende Bedeutung und den unabdingbaren Charakter dieser Ideengemeinschaft muß man sich klar vor Augen halten. Sie und sie allein garantiert die Sicherheit von Gütern und Personen. Wenn wir uns gewisser Rechte erfreuen, die beim Verkehr mit den anderen uns gestatten, unsere Freiheit zu bewahren, so einzig darum, weil diese Rechte durch kollektive Vorstellungen geschützt werden. Unser Eigentumsrecht hat einzig darum einen realen sozialen Zeichenwert, weil es einer kollektiven Überzeugung entspricht, daß das Eigentum respektiert werden muß. Wo diese kollektive Überzeugung wegfiel, verlören die Eigentumsansprüche ihren Wert, denn nichts würde die Menschen zurückhalten, sich mit Gewalt der Güter der andern wechselseitig zu bemächtigen.

Dennoch läßt sich eine Übereinstimmung über die jedem zu gewährenden Rechte nur schwer erzielen. Vergessen wir nicht, daß die Festsetzung des Rechtes für den einen, nehmen wir an den Eigentümer, im gleichen Zug die Festsetzung einer sozialen Abhängigkeit für den andern, in unserem Fall den Nichteigentümer, zur Folge hat. Ein kurzer Vergleich unserer Sozialordnung mit jener des letzten Jahrhunderts wird sofort klar erkennen lassen, was ich sagen will.

Wenn heute die Arbeiter nicht mehr gezwungen sind, die vom Unternehmer einseitig festgesetzten Arbeitsvertragsbedingungen anzunehmen, und wenn sie ihren Arbeitsvertrag wirklich aushandeln können, dann eben deshalb, weil heutzutage die Vertragsfreiheit und das Eigentumsrecht für das kollektive Bewußtsein einen anderen Inhalt gewonnen haben als früher. Das Eigentumsrecht wird nicht mehr als Recht, zu gebrauchen und zu mißbrauchen (*ius utendi et abutendi*) aufgefaßt. Die kollektive Meinung geht heutzutage dahin, daß der Eigentümer gezwungen werden kann, seine Produktionsmittel in einer mit dem Allgemeinwohl vereinbaren Weise zu gebrauchen.

Daraus ersieht man, daß die Auffassung, welche Einstimmigkeit hervorzurufen weiß, den konkreten Inhalt der individuellen Rechte bestimmt, und zugleich ersieht man, in welchem Verhältnis Eigentümer und Nichteigentümer aufeinander einen Zwang ausüben können. Niemand wird sich darüber wundern, daß ein Einklang nicht immer leicht verwirklicht werden kann.

Das Problem des sozialen Lebens wird außerdem noch dadurch erschwert, daß es nicht damit getan ist, eine beliebige gemeinsame Vorstellung zu erzeugen: sie muß sich auch objektiv als gangbar erweisen.

### *Die Verflechtung von Freiheit und Ordnung*

Die Normen des Soziallebens bürgen für einen geregelten Ablauf und für sozialen Frieden nur dann, wenn sie gewissen objektiven sozialen Voraussetzungen entsprechen.

► Eine erste Voraussetzung kann jeder leicht finden: Die Sozialnormen müssen, wenn sie eine dauerhafte Übereinstimmung aller begründen sollen, auch allen die Garantie geben, daß sie wirklich als Träger der gleichen Menschenwürde behandelt werden. Eine Sozialordnung, welche diese Garantie

nur scheinbar enthalten würde, trüge den Keim innerer Unbeständigkeit in sich.

► Das aber ist nicht alles. Die Regeln müssen auch ein Zusammenwirken von Rechten und Pflichten festsetzen, das wie ein System funktioniert und sich aus eigener Kraft erhalten kann. Ohne Ordnung kein soziales Leben. Das aber erfordert eine gewisse Hierarchie der Funktionen, eine Aufteilung in Leitende und Geleitete.

► Diese beiden Voraussetzungen müssen notwendigerweise beide zugleich erfüllt werden. Daher das objektive Gesetz für jeden sozialen Frieden: Die verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft müssen sich auf eine Regel des sozialen Lebens einigen, die den Respekt vor der menschlichen Würde in dem Maße sicherstellt, in dem der Fortbestand der Sozialordnung dies erlaubt.

Oder umgekehrt formuliert: sie müssen sich auf Regeln einigen, die den Fortbestand der Ordnung in einer mit dem Respekt vor der menschlichen Würde vereinbaren Weise sicherstellen.

#### *Die Voraussetzungen und Normen des sozialen Friedens sind wandelbar*

Die Versöhnung der Ordnungserfordernisse mit denen der grundlegenden Gleichheit, die der Respekt vor der menschlichen Würde mit sich bringt, bedeutet eine Rechnung, die nie ganz aufgeht. Und wenn auch die Sozialorganisation immer daraufhin ausgerichtet sein muß, die echt menschlichen Beziehungen sicherzustellen, so muß doch zunächst die Fortdauer einer gangbaren Ordnung garantiert sein. Die Ordnung ist unerläßliche Voraussetzung (sine qua non) allen Soziallebens unter Menschen.

Es ist leicht einzusehen, daß die Gesellschaft notwendigerweise desto ungleicher sein wird, je schwieriger sich Sozialsubjekte finden lassen, die sich den Voraussetzungen für den Fortbestand der Ordnung anpassen. Nun aber gelangt man zu einer freiwilligen Sozialdisziplin, von der es schließlich abhängt, ob sich der Fortbestand der Ordnung mehr oder weniger schwierig gestaltet, nur durch einen ziemlich mühseligen Lernprozeß. Woraus folgt, daß ein ausgeglichenes Sozialleben nur in etappenweisem Fortschritt erreicht werden kann.

Die Tragweite dieser Überlegung wird unmittelbar einsichtig, sobald man sie in eine geschichtliche Perspektive stellt. Die sehr unausgeglichene sozialen Auffassungen unserer Vorgänger im letzten Jahrhundert müssen mit den Verhältnissen unserer Zeit in Bezug gesetzt werden. Die moralische Reife der Arbeiterklasse war vor etwa 150 Jahren eine von heute völlig verschiedene. Heute haben wir eine Klasse vor uns, die weiß, was sie will; damals steht an ihrer Stelle eine unzusammenhängende Masse, der jedes Solidaritätsgefühl abgeht. Es fehlten ihr noch die führenden Köpfe, die ihr eine einheitliche Gestalt hätten geben können; sie verfügte nicht über die Disziplin, die ihr heute erlaubt, als gut organisierte Einheit in Erscheinung zu treten. Sie war noch nicht gewohnt, Ziele auf lange Sicht in vernünftiger Weise anzustreben: ungeschult und ungebildet, wie sie war, handelte sie nach instinktiven Antrieben und blinden Leidenschaften.

Zu jener Zeit konnte die Gesellschaft noch nicht demokratisch sein, sie mußte den Arbeitern das politische Stimmrecht, die Gewerkschaftsfreiheit, das Streikrecht verweigern. Die Erfordernisse der sozialen Ordnung verboten es, solche Rechte zu gewähren. Das objektive Gesetz eines wohlgeordneten Soziallebens forderte in diesem Zeitpunkt eine ungleiche Sozialordnung. Nur insoweit sich die Arbeiterklasse sozial hinreichend verantwortungsbewußt zeigte, wurde es möglich, ihr die Rechte zuzugestehen, die sie heute genießt.

So sehen wir uns denn zu der Feststellung gezwungen, daß die Normen eines geordneten Soziallebens sich mit der Entwicklung der Voraussetzungen der Sozialordnung selber weiterentwickeln.

#### *Praktische Folgerungen: ein offener Geist und der Mut zum Risiko*

Muß auf die praktische Folgerung, die sich aus dieser Erwägung ergibt, noch eigens hingewiesen werden? Wenn es wahr

ist, daß die Normen eines wohlgeordneten Soziallebens heute andere sind als gestern, so steht zu erwarten, daß die Normen von morgen andere sein werden als die von heute. Um das soziale Leben wirklich menschlicher zu gestalten, braucht es einen äußerst geschmeidigen und offenen Geist. Man muß bereit sein, jeden Augenblick sein soziales Wirken neu zu überdenken im Hinblick auf die stets in Entwicklung begriffenen Voraussetzungen; man muß die innere Freiheit besitzen, durch die Ereignisse überholte Positionen jederzeit zu verlassen. Nichts ist hier gefährlicher, als sich hinter eine unveränderliche Lehre zu verschanzen.

Nach dem bisher Gesagten versteht es sich von selbst, daß sich der Inhalt der Sozialprobleme dauernd verändert und daß, sobald die gestrigen ihre Lösung gefunden haben, neue Probleme sich einstellen.

Im letzten Jahrhundert bestand das Sozialproblem darin, zu wissen, ob und inwieweit die Arbeiterklasse genügend entwickelt war, um ihr die sozialen Verantwortlichkeiten anzuvertrauen, die das allgemeine Stimmrecht und das Assoziationsrecht voraussetzen. Lief man nicht Gefahr, das geordnete Funktionieren des Soziallebens unmöglich zu machen, wenn man den Arbeitern die Rechte zugestand, die sie verlangten? Das war jeweils eine recht heikle Frage, und Risiken waren damit notwendig verbunden.

Die Arbeiter ihrerseits konnten nicht solange warten, bis sie eindeutig die zur Teilnahme an der sozialen Verantwortung erforderliche Reife erlangt hätten ... denn nur durch das Tragen der Verantwortung erwirbt man sich diese Reife. Andererseits mußten die führenden Klassen darauf bestehen, daß ein gewisser Reifegrad trotz allem erforderlich sei, damit die Risiken nicht zu groß wären. Nichts ist darum natürlicher als was wir tatsächlich feststellen, daß nämlich jene, die durch die bestehende Sozialorganisation begünstigt waren, mehr geneigt waren, die Gefahren für die Ordnung zu sehen als die Notwendigkeit einer Änderung, und umgekehrt die Benachteiligten dazu neigten, die Risiken, die jede soziale Umwandlung mit sich bringt, zu unterschätzen.

Für unser soziales Wirken ergibt sich aus dieser Erwägung die Folgerung, daß wir immer ein gewisses Gleichgewicht suchen müssen zwischen der Sorge um die Sicherheit und der Freude am Experiment. Wer sich jeder sozialen Reform widersetzt, solange er nicht sicher ist, daß sie dem reibungslosen Ablauf der Sozialordnung nicht schadet, der versagt sich allein dadurch jeglichem Beitrag zum sozialen Fortschritt. Jeder Schritt auf dem Weg des sozialen Fortschritts ist mit Risiken verbunden! Andererseits wird jener, der sich von der Idee einer besseren Gesellschaft leicht fortreißen läßt, bedenken müssen, daß die bestehende Ordnung, mag sie auch unvollkommen sein, doch jedenfalls das eine für sich hat, daß die Erfahrung ihre Tragfähigkeit nachweist. Muß man noch überdies darauf hinweisen, daß das soziale Einvernehmen und der soziale Frieden viel leichter zustande kämen, wenn Konservative und Progressisten sich darüber klar wären, daß die soziale Wahrheit nicht nur auf der einen Seite zu finden ist und daß gerade aus der Synthese des konservativen und progressiven Elementes der wahre Fortschritt zu erwarten ist!

#### *Mitbestimmung und Beteiligung am neuen Eigentum*

Um das Gesagte konkreter zu machen, sei es mir gestattet, einen Augenblick gewisse heute umstrittene Fragen, vor allem die Frage der Mitbestimmung (co-gestion) im Unternehmen und die Frage der Streuung des industriellen Eigentums, hereinzuziehen.

Wenn von gewissen Seiten für die Arbeiter das Recht gefordert wird, eine gewisse Kontrolle über die Führung der Unternehmen auszuüben, so muß man darüber nicht erstaunt sein. Was die Sicherungen ihres materiellen Wohlstandes betrifft, ist nämlich die Arbeiterklasse von den Entscheidungen Dritter weit abhängiger als andere Berufe. Man kann überdies der Ansicht sein, daß es in der Linie einer Entwicklung zu größerer sozialer Gleichheit liege, wenn die Arbeiter eine Art der Mitbestimmung anstreben, die es ihnen erlauben würde, an den Entscheidungen, von denen ihr Schicksal abhängen kann, selbst beteiligt zu sein.

Die Schwierigkeit liegt nur darin: Wer bürgt dafür, daß der den Arbeitern auf die Führung des Unternehmens eingeräumte Einfluß sich auf dessen guten Fortgang nicht schädlich auswirkt? Die Entscheidung darüber, ob wir einer Bewegung zugunsten der Mitbestimmung unsere Unterstützung leihen sollen oder nicht, hängt davon ab, ob wir glauben, die Arbeiter seien in der Lage, die notwendige Verantwortlichkeit und Sachkenntnis zu beweisen, um dieses Recht zum Vorteil des Gemeinwohls auszuüben.

Das gleiche gilt von der Bewegung zugunsten der Arbeiterbeteiligung an dem neuen Eigentum, das dauernd durch die Selbstfinanzierung entsteht. Trägt eine solche Maßnahme zum wahren sozialen Fortschritt bei oder nicht? Werden sich die Arbeiter als fähig erweisen, ihre Verantwortung dadurch zu bezeugen, daß sie regelmäßig einen Teil ihres Einkommens investieren? Das ist die Frage, auf die es ankommt.

Meine persönliche Ansicht spielt dabei keine Rolle. Worauf es hier ankommt, ist lediglich, zu unterstreichen, daß es keine absolute Sicherheit gibt in bezug auf das Verantwortungsbewußtsein der Arbeiter von morgen. Aus der Tatsache, daß sie vielleicht heute dazu noch nicht fähig sind, kann man nicht schließen, daß sie dieses Verantwortungsbewußtsein, wenn sie die Verantwortung tragen, nicht erwerben werden. In der Vergangenheit waren die Arbeiter auch nicht fähig, die politische Verantwortung auf sich zu nehmen, sie haben sich aber diese Fähigkeit im Verlauf der Entwicklung erworben. Hier wie dort kommt der Augenblick, in dem man gewisse Risiken eingehen und sehen muß, was dabei herauskommt. Wenn es die Aufgabe der Konservativen ist, allzu unbedachte soziale Experimente zu vereiteln, so dürfen sie doch auch nicht vergessen, daß jeder soziale Fortschritt nur um den Preis gewisser Risiken möglich ist. Wenn die Progressisten sich berufen fühlen, den Sinn für den Fortschritt wachzuhalten, so dürfen sie ihrerseits nicht vergessen, daß das Gelingen ihrer Reformen erst an dem Tag sicher steht, an dem die Praxis es bestätigt.

## Von der sozialen Gerechtigkeit

Nachdem wir so die objektive Beschaffenheit des sozialen Friedens herausgestellt haben, kommen wir nun zu der Frage: Woran erkennt man, ob eine Situation der sozialen Gerechtigkeit entspricht oder nicht?

Auf jeden Fall, so scheint mir, fordert die soziale Gerechtigkeit, daß die Menschen in ihren Beziehungen die menschliche Würde wahren. Wo der Kontakt mit dem andern seine Berufung zur Freiheit mißachtet, kann von gerechten Beziehungen keine Rede sein.

### *Die Wahrheit im Bereich des Sozialen wird nur im Dialog gefunden.*

Offensichtlich drängt sich auch von diesem Gesichtspunkt aus eine Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen auf. Aber gerade damit sie die Würde der sozialen Personen wahrt, muß sie einer Grundregel folgen: die sozialen Zwischenbeziehungen zu regeln, bedeutet eine Einschränkung der Freiheit ... es sei denn, es handle sich um eine Begrenzung, der alle zustimmen, um dadurch die Freiheit aller sicherzustellen. Ein soziales Leben aufbauen, das den Namen «menschlich» wirklich verdient, heißt also: sich über die Regeln, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen ordnen, miteinander verständigen. Dort, wo das soziale Leben von Regeln beherrscht wird, die für diese oder jene Sozialgruppe nicht annehmbar sind, kann man nicht sagen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfährt: sie sind einer Regelung unterworfen, die – weil wider Willen aufgenötigt – einen Einbruch in ihre Freiheit darstellt, eine Regierungsform ist ihnen auferlegt, die sie nur unter dem Druck des Zwanges ertragen.

Wir stellen also fest, daß es zum Wesen der sozialen Gerechtigkeit gehört, nur mit seiner Zustimmung jemandem etwas aufzuerlegen. Es ist ein Erfordernis der sozialen Gerechtigkeit als solcher, daß sich die Menschen über die Rechte und Verpflichtungen, die in ihrem sozialen Umgang beobachtet werden sollen, miteinander zu verständigen suchen.

Die soziale Gerechtigkeit ist eine soziale Tugend nicht nur in dem Sinn, daß ihr Gegenstand darin besteht, die sozialen Beziehungen zu ordnen, sondern auch in dem Sinn, daß sie nicht eine von in-

dividuellem Denken, sondern vom gemeinsamen Suchen nach gemeinsamer Regel abgeleitete Norm ist. Sie ist eine soziale Wahrheit insofern sie nur im Dialog offenbar wird, durch welchen der Mensch die Wahrheit über sich als soziales Wesen suchen muß.

Haben wir einmal zugegeben, daß die Wahrheit der sozialen Gerechtigkeit nur im geistigen Austausch sich aufdecken läßt, dann begreifen wir mühelos, daß ein allzugroßes Vertrauen auf unsere schlußfolgernde Urteilskraft ebenso wie ein radikaler Skeptizismus uns daran hindern, die sozialen Probleme richtig zu stellen.

### *Die Tatsachen widerlegen Liberalismus und Skeptizismus*

Die erste Haltung – es ist die des Liberalismus – läßt uns glauben, es sei möglich, mit Evidenz die Erfordernisse der sozialen Gerechtigkeit abzuleiten. Wo Meinungsverschiedenheiten vorkommen, sei das einzig der mangelnden Einsicht eines Teiles der Menschheit zuzuschreiben. Um die Mißverständnisse zu zerstreuen genüge es, eine unwiderlegliche Sozialphilosophie zu verbreiten. Eigentlich müsse man sagen, es gäbe gar keine Sozialprobleme im strengen Sinn dieses Wortes. Die Gesellschaft habe es nicht nötig, die soziale Wahrheit zu erarbeiten, die gut geschulte Vernunft verfüge bereits über die Lösung zu jeder die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit betreffenden Frage.

Der Skeptizismus in der Frage sozialer Gerechtigkeit – er ist häufig das Kennzeichen der modernen Soziologie – muß ebenfalls das Vorhandensein echter Sozialprobleme in Abrede stellen. Man sagt in diesen Kreisen, das Ideal der sozialen Gerechtigkeit werde notwendigerweise als Funktion der Interessen dessen angesehen, der das Ideal vertrete. Daraus schließt man, daß die Anschauungen, die sich die verschiedenen Sozialklassen von der sozialen Gerechtigkeit machen, von Grund auf miteinander unvereinbar seien, und zwar so sehr, daß sie durch keinerlei Mittel einander angenähert werden könnten, und darum sollte man lieber als von Sozialproblemen zu reden zugeben, daß das Sozialleben in eine Sackgasse führt, in der einzig das Recht des Stärkeren obenaufschwingen kann.

Die liberale These hatte Gelegenheit, das Rezept auch anzuwenden, wonach die aufgeklärte Vernunft zu genügen schien, die für die Organisation einer vollkommenen Gesellschaft notwendigen Angaben zu liefern. Das Ergebnis ist der Sozialgeschichte bekannt: Weit davon, wie man gehofft hatte, eine Gesellschaft zu begründen, in der sich alle einer vollkommenen Freiheit erfreuten und in der die Gleichheit die sozialen Beziehungen prägte, wurde das liberale Gebäude zum Anlaß für eine Sozialordnung, in der die große Masse über keinerlei wirkliche Freiheit verfügte und sich tatsächlich in einem Zustand vollständiger Abhängigkeit befand.

Wenn im Gegensatz dazu die heutige Gesellschaft das Ideal einer Sozialorganisation, in der die verschiedenen Sozialgruppen sich auf gleichem Fuß begegnen, besser verwirklicht, so fragt man sich, wie es dazu gekommen ist. Durch die Anwendung von Lehren einer abstrakten Vernunft? Wir wissen alle, daß vielmehr durch einen mühevollen Prozeß empirischer Versuche sich allmählich aus entgegengesetzten Auffassungen das Licht der Erkenntnis abhob. Und das eben beweist, daß die soziale Wahrheit nur in gemeinsamem Bemühen gefunden werden kann, wobei die praktische Vernunft das zu finden sucht, was für alle annehmbar ist.

Um nichts besser als die liberale These hält der soziale Skeptizismus einer Gegenüberstellung mit den Tatsachen stand. Wie eben erwähnt: aus dem Kampf entgegengesetzter Auffassungen ergaben sich neue Wahrheiten, die heutzutage die Geister wieder einander näherbringen. Wenn unsere Gesellschaft «sozialer» genannt werden kann, dann nicht dank dem Machtzuwachs der Arbeiter und auch nicht dank einer klug ausge-

dachten Gesetzgebung; sondern vor allem deshalb, weil in bezug auf verschiedene umstrittene Fragen, wie das allgemeine Stimmrecht, die Gewerkschaftsfreiheit, das Recht auf Arbeit, die Meinungsverschiedenheiten überwunden worden sind. Das aber zeigt, daß die Trennung der Geister keine grundsätzliche war, daß die Verschiedenheiten keine unüberwindlichen Gegensätze darstellten: Die Tatsachen haben den Beweis erbracht, daß die Geister nach einer gemeinsamen Wahrheit trachten.

### *Kampf und Dialog*

Wir stellen also fest, daß der Kampf der Auffassungen, wenn er unvermeidlich ist, nicht zur Herrschaft der brutalen Gewalt führt, sondern zur Aufdeckung einer «besseren» sozialen Wahrheit.

Vielleicht erscheint es manchem sonderbar, daß sich ausgerechnet im Kampf letzten Endes eine Anschauung von der sozialen Gerechtigkeit zeigen soll, welche die Geister einander näher bringt. In Wirklichkeit ist das jedoch gar nicht so sonderbar, wenn man sich vor Augen hält, daß der Kampf nur deshalb dieses Ergebnis gezeitigt hat, weil er trotz aller Härte, mit der er geführt wurde, doch immer den Charakter eines Dialogs beibehalten hat, bei dem sowohl die eine wie die andere Seite wirklich die soziale Gerechtigkeit gesucht hat.

Bei einem Stoff wie der sozialen Gerechtigkeit kann es nicht ausbleiben, daß der Dialog den Charakter eines Kampfes annimmt: denn es geht bei diesem Gespräch nicht um eine abstrakte Wahrheit, sondern um eine Anschauung, welche die Rechte und Pflichten im sozialen Leben verteilt.

Ebenso unvermeidlich spielt in diesem Kampf auch die Gewalt eine Rolle. Oft sind wir nur unter dem Druck der Gewalt imstande, unsere Anschauungen zu ändern und zuzugeben, daß unsere Ideen nicht so evident sind, wie es schien. Es ist wirklich auffallend, wie in der Sozialgeschichte die gute Bourgeoisie in kritischen Situationen mit einem Schlag ein weitgehendes Verständnis für Ansprüche der Arbeiter zeigt, die sie zuvor als völlig absurd zurückgewiesen hatte. Die Drohung mit der Gewalt erweist sich oft als weit wirksamer, um die Erstarrung des menschlichen Geistes zu brechen und ihn klar sehend zu machen, als die friedliche Diskussion.

Wenn das die Voraussetzungen sind, damit die Wahrheit über die Erfordernisse der sozialen Gerechtigkeit zum Zuge kommt, dann ergibt sich daraus eine für unser soziales Wirken hochbedeutsame Folgerung: Wir müssen wohl oder übel anerkennen, daß wir uns um den Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit nur dadurch bemühen können, daß wir uns am sozialen Kampf beteiligen. Nicht dadurch, daß man sich aus diesem Kampf heraushält, trägt man zu seinem glücklichen Ausgang bei, sondern dadurch, daß man an ihm teilnimmt. Damit die Teilnahme dem Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit diene, darf man jedoch nie ihren dialogischen Charakter außer acht lassen. Im einzelnen besagt das: Achtung vor der Ansicht des Gegners, den Willen, was an seiner Position richtig ist, herauszufinden, die Bereitschaft, den loyal durchgeführten Versuch entscheiden zu lassen, was sich sozial verwirklichen läßt.

### Nochmals Mitbestimmung und Streuung des industriellen Eigentums

Nehmen wir die schon genannten Beispiele wieder auf: die Mitbestimmung und die Streuung des industriellen Eigentums. Persönlich bin ich der Ansicht, daß die Mitbestimmung eine verlorene Sache ist, daß aber die Streuung des industriellen Eigentums von der kommenden Generation als ein selbstverständliches Erfordernis der sozialen Gerechtigkeit anerkannt werden wird. Dabei bin ich jedoch von der Unsicherheit, die unser soziales Wissen bestimmt, so sehr überzeugt, daß ich niemandem das Recht absprechen werde, anderer Meinung zu sein. Den Arbeitern, welche die Mitbestimmung verlangen, würde ich sagen, daß sich davon keinerlei Vorteil für die Gesellschaft erwarten läßt und daß ich mich deshalb, soweit

mir das möglich ist, Versuchen in diesem Sinn widersetzen werde. An dem Tag aber, an dem diese Forderung allzu mächtig würde, würde ich mich loyal für ihre Erfüllung einsetzen.

In bezug auf die Streuung des industriellen Eigentums ist meine Haltung genau die umgekehrte. Ich gebe zu, daß die Gründe, die Industriellenkreise ihr entgegenhalten, nicht jeder Grundlage entbehren und daß sie das Recht haben, sich ihr zu widersetzen. Das hindert mich aber nicht, dafür zu kämpfen, daß man praktische Versuche auf diesem Gebiet anstellt.

### *Die Haltung des Christen*

Muß noch eigens gesagt werden, daß dem Christen in diesem Sozialkampf eine wichtige Aufgabe zufällt?

► Er muß sich durch jene Uneigennützigkeit auszeichnen, die uns allein, den Weg zur Wahrheit ebnen kann.

► Darüber hinaus muß er, ob er sich nun im Lager der Progressiven oder der Konservativen befindet, die Demut aufbringen, anzuerkennen, daß nicht er allein der Inhaber der Wahrheit ist.

► Endlich muß ihm das Wissen darum, daß wir in einer Welt leben, die von der Sünde zwar angesteckt ist, in der aber auch das neue Leben der Auferstehung sich fortpflanzt, zu einer Haltung verhelfen, die erhaben über den Schwankungen der Weltleute zwischen Optimismus und Pessimismus steht. Ein Vertrauen muß ihn beseelen, stark genug, um ihn am Streben nach einem besseren sozialen Leben teilnehmen zu lassen und zugleich erfüllt ihn jene christliche Gelassenheit, die es als Folge unserer heilsgeschichtlichen Situation hinnimmt, daß die volle Lösung nicht von dieser Welt ist.

### **Der Dialog selbst ist schon die Lösung des Problems der sozialen Gerechtigkeit**

Das Gespräch und den Versuch als Mittel zur Aufdeckung der sozialen Wahrheit anzunehmen ist nicht bloß eine Bedingung zur Lösung der sozialen Probleme, es ist im wesentlichen bereits die Lösung selbst. Man stelle sich nur eine Gesellschaft vor, in der dies die allgemeine Haltung wäre, und man hat das Ideal eines wohlgeordneten Soziallebens vor sich, soweit das auf unserer Erde überhaupt möglich ist.

Diese Feststellung erlaubt es uns, unsere Haltung gegenüber dem Individualismus und gegenüber dem Kollektivismus genauer zu umschreiben.

Nach dem Individualismus hat die Sozialordnung einzig den Zweck, die Rechte des Einzelnen zu schützen. Er vergißt, daß diese Rechte nur deshalb reell existent und sozial wirksam sind, weil das kollektive Bewußtsein die Achtung vor ihnen stützt. Er sieht auch nicht ein, daß die Verpflichtungen, die dieses kollektive Bewußtsein stützen, nur insoweit ein Daseinsrecht haben, als man überzeugt ist, daß diese Bestimmung und Umgrenzung der individuellen Freiheit, und keine andere, das beste Mittel darstellt, um die individuelle Freiheit aller zu garantieren. Wenn es sich zeigt, daß eine solche Überzeugung auf einem Irrtum beruht, wie es sich beim Liberalismus schließlich gezeigt hat, dann wird es unvermeidlich, daß die Gesellschaft die Verpflichtungen zu berichtigen sucht und zwar in der Weise, daß die reelle Freiheit aller besser gesichert wird. Die soziale Gerechtigkeit verlangt, daß die individuellen Rechte so bestimmt werden, daß sie nach Maßgabe des Möglichen die reelle Freiheit aller garantieren. Die Organisation, durch die das Kollektiv den individuellen Rechten ein reelles Dasein verleiht, muß also notwendigerweise diese Rechte in Abhängigkeit von der realen Freiheit aller bestimmen. Das heißt: die Menschen müssen sich darüber verständigen, welche Auffassung der individuellen Rechte dem Allgemeinwohl am besten entspricht und sich somit dazu eignet, von der Sozialorganisation verbindlich vorgeschrieben zu werden.

Der Kollektivismus geht ins andere Extrem. Um des Gemeinwohls willen glaubt er die individuelle Freiheit unterdrück-

ken zu müssen. Damit übersieht er, daß dieses Gemeinwohl in erster Linie ein Sozialleben verwirklicht, in dem die sozialen Beziehungen in einer Interaktion freier Wesen zustande kommen. Durch die Unterdrückung der Freiheit wird das Gemeinwohl mitnichten geschützt, es verlangt vielmehr, daß man die Sozialorganisation so gestalte, daß sich alle einer wirklichen Freiheit erfreuen.

Gegen den Liberalismus sagen wir, daß die individuellen Freiheiten, um ihrem Ziel zu entsprechen, im Dienste des Gemeinwohls gesetzlich geregelt werden müssen, und gegen den Kollektivismus, daß die Regelung im Hinblick auf das Gemeinwohl ausgerechnet die Freiheit aller anzielen muß. Wir konnten in diesem Aufsatz zeigen, daß der Gegensatz zwischen der notwendigen Regelung und der zu schützenden Freiheit sich nur durch eine freie Regelung überwinden läßt, durch eine Regelung der Freiheit, der alle frei zustimmen.

So muß tatsächlich die Gesellschaft überall die individuellen Freiheiten regeln, aber die Regelung muß in einem lebendigen Dialog, an dem sich alle beteiligen können, erarbeitet werden.

### Das Problem der Sozialisierung

In diesem Zusammenhang läßt sich unter einem neuen Gesichtspunkt ein in Frankreich viel diskutiertes Thema, wovon sich auch in dem Rundschreiben Mater et Magistra ein Niederschlag findet, aufgreifen: die Frage der Vergesellschaftung (socialisation). Wir wollen nur kurz die Ergebnisse unserer Erwägungen auf diese Frage anwenden und damit unsere Ausführungen mit einem ganz aktuellen Thema abschließen.

Wenn die sich immer weiter ausbreitende soziale Gesetzgebung bei uns ein Gefühl des Unbehagens hervorruft, so kommt das wohl daher, weil wir meinen, eine Reglementierung stelle

zwangsläufig auch immer einen Angriff auf die Rechte und die Freiheit des Individuums dar. Nach dem, was wir in diesem Aufsatz entwickelt haben, muß man den Schluß ziehen, daß eine solche Besorgnis ihre Wurzeln häufig in einer allzu individualistischen Philosophie hat. Wir realisieren viel zu wenig, daß die individuellen Rechte nur in Funktion der Freiheit aller begriffen werden können. Sie sind gar nicht das, was sie sein müssen, wenn sie nicht praktisch so geleitet werden, daß der Wohlstand aller gesichert wird.

Andererseits läuft diese Vergesetzlichung, die mehr und mehr alle Bereiche des individuellen Lebens ergreift – so notwendig sie auch sein mag –, Gefahr, die Freiheit (anstatt sie für alle reell zu machen) tatsächlich zu unterdrücken und zwar dann, wenn sie abstrakt und unpersönlich wird, wenn sie nicht mehr Ausdruck lebendigen Dialogs ist, in welchem die Menschen die Bedingungen der realen Freiheit aller zu realisieren suchen.

Dieser Sozialisierung gegenüber wird unsere Aufgabe nicht darin bestehen, koste es was es wolle, gewisse als sakrosankt angesehene Rechte in Schutz zu nehmen. Wir sollen aber auch nicht die Vergesellschaftung des Lebens in allen ihren heute vorhandenen Formen loben und als eine Wohltat oder als eine Notwendigkeit ansehen. Die Formel für unsere Haltung ist weder die des Liberalismus: unbeschränkte individuelle Freiheit, soweit eine Regelung nicht notwendig ist, noch die des Kollektivismus: Regelung soweit die Freiheit das erlaubt, sondern:

Unterordnung der Freiheit unter eine Sozialkontrolle in Funktion der Freiheit aller und Regelung in Funktion der wahren menschlichen Freiheit. Mit anderen Worten: Vergesellschaftung des Menschen durch eine Sozial-Regel, Ergebnis einer wahrhaft lebendigen Sozialorganisation, Frucht eines Bestrebens, alle teilnehmen zu lassen. *P. Harry Hoefnagels, S.J.*

## Sinn und Ziel des Philosophieunterrichts

(Bemerkungen zum Sammelwerk «Aufgabe und Gestaltung des Philosophie-Unterrichts», 2. Teil\*)

### Sinn und Ziel des Philosophieunterrichts

Was soll also – das ist unsere zweite Frage – der Sinn und das Ziel des Philosophieunterrichts an höheren Schulen sein?

K. Püllen zeigt in seinem Beitrag (30–49) wie auch schon früher in seinem Buch, wie verschieden diese Sinnggebung und Zielsetzung sein kann. Der Herausgeber des Buches, H. Stoffer, vertritt die Ansicht, daß «nicht ein feststehendes Wissen in Philosophie-Lehren übertragen zu werden braucht (ja, wir würden es verschärfen: darf), sondern eine Haltung» (16). Daher werden nach ihm die einander durchaus widersprechenden Antworten in das gemeinsame Philosophieren aufgehoben. Es sei nur notwendig, daß eine gemeinsame Haltung im philosophischen Gespräch vorliegt. Aus dieser Einstellung kommt der Verfasser zum Schluß: «Wo Angehörige einer festgeprägten Weltanschauungs-Gemeinschaft von einem Lehrer aus ihrem Bereich mit einer Philosophie, die mit der gemeinsamen Weltanschauung nahe verwandt ist, bekanntgemacht werden, ist ein echtes Philosophieren nahezu unmöglich. Die mittelalterliche Scholastik war darin nicht in so großer Gefahr wie die heutige Neuscholastik, weil damals erst der Aufbau des gemeinsamen Lehrsystems geschah» (16).

Trotz der Einschränkungen, die der Verfasser bei seiner Formulierung anbringt, trotz der Gefahr, daß tatsächlich das bloße Tradieren eines Systems für echtes Philosophieren ausgegeben werden kann, ist diese Behauptung in ihrer Allgemeinheit unbegründet und unhaltbar. Als ob nur jene philosophieren könnten, die keine feste Weltanschauung haben und keine ver-

bindliche Wahrheit annehmen wollen! Als ob der Philosophieunterricht, der an katholischen Universitäten, Seminarien und Ordensschulen, auch schon an höheren Schulen, wie zum Beispiel an katholischen Kollegien in der Schweiz, kein echtes Philosophieren sein könnte! Entweder wird eine solche Meinung a priori, ohne Kenntnis der Dinge, gebildet, oder man hat von der Philosophie und vom Philosophieren einen eigenen Begriff, oder beides zusammen.

Wer im Philosophieren das Suchen nach der Wahrheit, die Liebe zur Wahrheit, das Streben nach der Erkenntnis der letzten Gründe, soweit das durch den menschlichen Verstand möglich ist, sieht, kann einem überzeugten Christen und Katholiken die Möglichkeit und Fähigkeit zum Philosophieren nicht absprechen. Das Verhältnis zwischen Philosophie und Offenbarung, zwischen Glauben und Wissen wurde seit dem Mittelalter oft genug diskutiert und über den Begriff einer christlichen Philosophie ist auch in unserer Zeit genügend geschrieben worden.

Daß der Unterricht in scholastischer Philosophie auch zu einem bloßen Tradieren einerseits und braven Lernen andererseits herabsinken kann, ist nicht zu leugnen. Aber diese Gefahr ist auch bei jedem anderen philosophischen Gedankengut gegeben. Man kann auch Heidegger oder Sartre jemandem andozieren, ohne daß er die eigentliche Problematik einsieht, und man kann ihn zum Anlernen der Antworten der Existenzphilosophie bringen, ohne daß er sich selber dazu philosophisch durchgerungen hat. Auch hier kann zutreffen, daß ein «unhermeneutisches Dozieren von ‚philosophischem Wissen‘ zu Verbalismus und Psittakismus, Wortschall ohne Sinn und Papageiengeschwätz, zu dünnen Schemen eines leeren Begriffsgerüsts oder Mythen, die für eine ‚tiefe Metaphysik‘ genommen werden, führen», wie H. Stoffer in einem anderen Zusammenhang sagt (27). Daß diese Gefahr gerade an der Mittelschule, besonders wenn der Philosophieunterricht obligatorisch ist, da sein kann, weiß jeder Philosophielehrer.

Man wird aber auch eine andere Gefahr nicht übersehen dür-

\* Erster Teil siehe Nr. 18, S. 198 ff.

fen: eine bloße Orientierung über verschiedene philosophische Gedanken, eine Konfrontierung derselben im Sinne der Nebeneinanderstellung, oder sogar ein bloßes unverbindliches Reden und Problematisieren für Philosophieren zu halten. Man kann selbstverständlich sehr bescheidene Ansprüche an das Philosophieren und an die Philosophie stellen und schon alles Mögliche dafür halten, wie das tatsächlich sehr oft geschieht, aber mit einer echten Philosophie hat das noch nicht viel zu tun.

Wir geben gerne zu, daß eine bestimmte «Haltung»

eines der Hauptziele des Philosophieunterrichts sein soll, eine Haltung des Staunens und des Fragens, eine offene und zugleich kritische Haltung, eine Haltung der Ehrfurcht vor jedem ehrlichen und echten Ringen um die Erkenntnis und vor jedem Suchen nach der Wahrheit. Aber diese Haltung ist dem Wissen selber, dem Besitz der Wahrheit gegenüber nicht indifferent, ausgenommen, man teile die Ansicht Lessings, für den Menschen sei nur das Suchen der Wahrheit angemessen, die Wahrheit selber auch zu besitzen sei die Sache Gottes.

(Fortsetzung folgt)

A. Sustar

## Bücher

**Der Fremdenverkehr vor dem christlichen Gewissen.** Von Dr. Hermann Schäufele, Erzbischof von Freiburg. Badenia-Verlag, Karlsruhe, 1961, 22 Seiten.

**Der Fremdenverkehr.** Von Werner Kunzenmann. Schriften der «Volksboten», No. 6, Tyrolia-Verlag, Innsbruck-Wien-München, 1958, 110 Seiten. Beide Schriften bringen eine Menge von guten Anregungen zur sittlichen Beurteilung und Ordnung des Fremdenverkehrs, besonders in den ländlichen Fremdenorten (Schwarzwald und Tirol). Sie sind vor allem für die Hand all jener verfaßt, die mit dem Fremdenverkehr zu tun haben: Verkehrsdirektoren, Gemeindepräsidenten, Gastwirte, Geistliche, Verbände,

Reiseleiter usw. Beide Schriften verdienten auch in der Schweiz Beachtung und Verbreitung.

Vielleicht müßte noch mehr getan werden, um beim Wandel unserer Dörfer in die moderne Gesellschaft hinein nicht nur durch die Industrialisierung, sondern auch durch den Fremdenverkehr (und die Massenmedien des Fernsehens, des Rundfunks und nicht zuletzt auch der Versandhäuser und der Versicherungsagenten, der täglichen und wöchentlichen Presse!) mit Verständnis und Verantwortungsbewußtsein zugleich die sittlichen und religiösen Grundsätze in neuer Form zur Geltung zu bringen!

J. Dd.

Neu bei Ihrem Buchhändler:

JOHANNES SCHASCHING SJ  
**Nachtgedanken der Politiker,  
Manager und Prälaten**

Tyrolia-Geschenkbändchen. 196 Seiten, glanzfoliekaschiert Fr. 5.80

«Da lernt man einen Gelehrten der Soziologie kennen, der dabei ganz und gar Priester und Seelsorger, und zwar zeitaufgeschlossener, realistisch denkender und sehender Priester ist, der bei allem Sentire cum Ecclesia die Not der Kirche in der heutigen Wohlstandsgesellschaft nicht übersieht, sondern ehrlich, aber mit Charme und Humor auf manche Schwächen in der Ecclesia semper reformanda und noch mehr in der Res publica semper reformanda hinweist. So manche dieser 'Nachtgedanken' ersetzen lange Abhandlungen aus Soziologie und Pastoraltheologie. Jedenfalls beleuchten sie sehr klar aktuelle Probleme der Kirche, der Wirtschaft, der Politik, die den Seelsorger unruhig machen sollten.»

Osterr. Klerusblatt, Salzburg

TYROLIA-VERLAG INNSBRUCK - WIEN - MÜNCHEN

## NEUERSCHEINUNGEN HERBST 1961

### ODO CASEL: MYSTERIUM DER EKKLESIA

Herausgegeben und eingeleitet von Theophora Schneider. Mit einem Vorwort von Burkard Neunheuser.

Ca. 424 Seiten. Leinen ca. 22.50 DM.

Das Buch bietet weniger systematische als gelebte, verkündete Theologie des «Mysteriums der Kirche». Seine bildhaften Meditationen wollen dazu beitragen, daß jeder einzelne sich als Kirche erkennt und da, wo er steht, Kirche verwirklicht. Kenner der Caselschen Theologie halten es für eines seiner bedeutendsten Werke.

### CHRISTEN UND JUDEN

Ihr Gegenüber vom Apostelkonzil bis heute.

Herausgegeben von Wolf-Dieter Marsch und Karl Thieme.

300 Seiten. Leinen 13.80 DM.

Hervorragende jüdische, evangelische und katholische Sachkenner behandeln die brennenden Probleme, die seit zweitausend Jahren Christen und Juden trennen und einen: Antijudaismus im Neuen Testament, die Judenfrage im Mittelalter, Luther, Calvin und die Juden, Emanzipation und christlicher Staat, Christen und Juden heute, das Problem in ökumenischer Sicht. Jeder verantwortungsbewusste Christ sollte dieses Buch lesen.



MATTHIAS-GRÜNEWALD-VERLAG · MAINZ

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10 / 11.

Druck: H. Börsigs Erben AG., Zürich 8.

Abonnements- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstrasse 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Gönnerabonnement jährlich Fr. 18.—; Abonnement jährlich Fr. 13.50; halbjährlich Fr. 7.—. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. - Belgien-Luxemburg: Jährl. bFr. 190.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Société Belge de Banque S.A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505. - Deutschland: DM 13.50/7.—. Best. u. Anzeigenannahme durch Administration Orientierung, Scheideggstr. 45, Zürich 2. Einzahlungen an Volksbank Mannheim, Mannheim, Konto Nr. 785, PschA. Ludwigshafen/Rh., Sonderkonto Nr. 12975 Orientierung. — Dänemark: Jährl. Kr. 25.—. Einzahlung an P. J. Stübli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Halbj. NF. 7.—, jährl. NF. 14.—. Best. durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Crédit Commercial de France, Paris, C. C. P. 11065, mit Vermerk: Compte Etranger Suisse 644.286. — Italien-Vatikan: Jährl. Lire 2000.—. Einzahlungen auf c/c 1/4444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. — Oesterreich: Auslieferung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG, Innsbruck, Maximilianstrasse 9, Postcheckkonto Nr. 142.181. (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner). Jährl. Sch. 80.—. U S A: Jährl. \$ 4.—.

Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet: «Orientierung», Zürich